

# GRÜN FÜR STADT UND LAND

## Unsere Positionen zur 19. Legislaturperiode

**Grüne Infrastruktur** unterstützt die Anpassung an den Klimawandel, fördert die Biodiversität und verbessert die alltägliche Lebensumwelt der Menschen. Sie muss daher gleichberechtigt neben der grauen Infrastruktur entwickelt werden. Grüne Infrastrukturen sind sehr vielfältig. So gehören beispielsweise Maßnahmen zum Hochwasserschutz, zur Integration von Verkehrs- und Energiesystemen, zur Entwicklung von Stadtgrün, zur Konzeption von Gesundheits- und Freizeitlandschaften dazu.

### Stadtgrün für eine bessere Umwelt- und Lebensqualität

- Wir unterstützen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Absicht, das **Weißbuch „Grün in der Stadt“** durch einen Masterplan konkret umzusetzen. Der Masterplan sollte eine Blaupause für die Planung, Erstellung und Erhaltung von gestalteten Grünflächen beinhalten. Für eine wirkungsvolle Umsetzung des Weißbuchs muss das Förderprogramm **„Zukunft Stadtgrün“** auf 100 Mio. € p.a. aufgestockt werden. Die „grünen Fachkompetenzen“ in den Bundesbehörden sind personell zu stärken.
- Im Rahmen der geplanten Wohnraumoffensive der Bundesregierung setzen wir auf eine **Stärkung der „doppelten Innentwicklung“**. Um eine hohe Wohn- und Freiraumqualität in Städten zu schaffen, darf nicht nur die graue und die soziale Infrastruktur berücksichtigt werden. Die grüne Infrastruktur muss – etwa durch Freiflächenentwicklungspläne und Freiflächengestaltungssatzungen – einbezogen werden.
- **Ausgleichsmaßnahmen für Flächenverbrauch** sollten nicht in die Peripherie verlagert werden. Wir fordern, Kompensationsmaßnahmen zur Aufwertung bzw. zum Ausbau von Grünstrukturen im Innenbereich zu nutzen. Dies muss in der beabsichtigten Bundeskompensationsverordnung verankert werden.
- Wir unterstützen die geplante Evaluierung des **beschleunigten Bebauungsplanverfahrens**. Dies sollte u.a. im Hinblick auf die angestrebte Reduzierung des Flächenverbrauchs sowie auf die Erfordernisse der **Klimaanpassung** erfolgen. § 13b BauGB läuft diesen Zielen zuwider und sollte wie vorgesehen auslaufen.
- Wir begrüßen das Vorhaben des Koalitionsvertrags, die Entwicklung lebenswerter und attraktiver **ländlicher Räume** finanziell zu stärken. Zu berücksichtigen sind dabei u.a. auch die Übergangsräume zwischen Stadt und Landschaft sowie die Schaffung einer **zukunftsgerichteten Mobilität** in lebenswerten Freiräumen.

Gute Rahmenbedingungen für zukunftsfähige grüne Branchen

- Wir begrüßen das im Koalitionsvertrag genannte Ziel, **Wettbewerbsgleichheit zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen** sicherzustellen. Die mittelständischen Betriebe des Garten- und Landschaftsbaus, die Friedhofsgärtner und die Baumschulen sehen sich jedoch zunehmend den steuerlich bevorzugten Aktivitäten der öffentlichen Hand ausgesetzt.
- Die **öffentlichen Verwaltungen** von Bund, Ländern und Kommunen müssen durch **qualifiziertes Personal** in die Lage versetzt werden, die verfügbaren Mittel für die Freiraumplanung, Freiraumentwicklung und die Grünpflege **im Ausschreibungsverfahren** einsetzen zu können.
- Wir begrüßen das im Koalitionsvertrag genannte Ziel, den **Schutz der biologischen Vielfalt** weiter zu fördern. Unsere Betriebe und Büros leisten dazu mit der Anlage von Parks, Friedhöfen und Alleen sowie der Dach- und Gebäudebegrünung einen wertvollen Beitrag. Das im Koalitionsvertrag angedachte bundesweite Radwegeschnellnetz sollte durch Alleen die biologische Brückenfunktion durch Alleen verstärken. Dringend nötig sind in diesem Zusammenhang **Forschungsvorhaben**, die die biologische Vielfalt mit Blick auf heimische und nichtheimische Gehölze untersuchen.
- Gartenbaubetriebe und Baumschulen sind einer Reihe von **Risikofaktoren** ausgesetzt, denen selbst mit größter unternehmerischer Sorgfalt nichts entgegengesetzt werden kann. Hierzu gehören unter anderem Witterungseinflüsse (Hagel, Sturm, Starkregen, Dürre, Trockenheit etc.) oder das Auftreten von Quarantäneschädlingen. Daher ist die Politik gefordert, das Risikomanagement in den Betrieben zu fördern und ein **geeignetes Entschädigungsinstrument** anzubieten.
- Wir wollen auch in Zukunft eine **hochwertige Baumschulproduktion** in unserem Land sichern und nicht durch Importe aus anderen Ländern ersetzen, in denen oft andere Pflanzenschutzstandards gelten.
- Wir begrüßen, dass die neue Koalition die an der **Pflanzenschutzmittel-Zulassung** beteiligten Behörden personell besser ausstattet, um die Zulassung zu beschleunigen.
- Wir begrüßen die Fortführung des **Bundesprogramms Energieeffizienz** in Gartenbau und Landwirtschaft und unterstützen die Erarbeitung einer **Torfersatzstrategie**.
- Wir erwarten, dass die erarbeiteten Forschungs- und Innovationsfelder der **Gartenbauforschungs-Strategie „HortInnova“** jetzt über konkrete Forschungs- und Entwicklungsprojekte in die Gartenbaupraxis überführt werden.

Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla

Bund deutscher Baumschulen e.V.

Zentralverband Gartenbau e.V.